

Die fetten Jahre sind vorbei

Norbert Feldhoff

Dass die fetten Jahre vorbei sind, wird von den Fachleuten schon lange und immer wieder gesagt, aber viele wollten es nicht wahrhaben. Sonst hätte man ja Konsequenzen ziehen müssen, Stellen abbauen, möglicherweise sogar Entlassungen, und so etwas darf es in der Kirche doch nicht geben – meinen jedenfalls manche. Die Folge: In manchen Bistümern und kirchlichen Institutionen wurden die mehr oder weniger vorhandenen Rücklagen aufgezehrt, bisweilen sogar Schulden gemacht, und plötzlich steht man vor einem Scherbenhaufen. Sparen müssen allerdings alle, auch die, die bisher vorsichtig waren, denn die fetten Jahre sind vorbei. Man kann nicht mehr so üppig leben wie bisher. Der Gürtel muss enger gezogen werden.

Von dieser Grundthese gehen die folgenden Überlegungen aus, ohne im Einzelnen nachzuweisen, warum dies so ist. Wer dieser These nicht glaubt, ist nicht gezwungen, die folgenden Zeilen zu lesen. Nur sei der Hinweis erlaubt, dass der Vogel Strauß bisher noch kein kirchliches Wappentier ist.

Wer die Zukunft der kirchlichen Finanzen nüchtern sieht, muss mit einem dauerhaften Rückgang der Kirchensteuereinnahmen und damit einer fundamentalen Schwächung der kirchlichen Finanzkraft rechnen. Dann fragt man sich, womit Gemeinden, kirchliche Verbände und Einrichtungen in Zukunft rechnen dürfen beziehungsweise müssen. Dieser Frage soll im Folgenden mit einigen sehr grundsätzlichen und zweifellos auch sub-

jektiven Überlegungen nachgegangen werden.

Im Nachrichten-Magazin *Focus* vom 29. Dezember 2003 wird ein schöner Satz von Bischof Marx zitiert, der kurz und klar einen Irrweg aus dieser Situation kennzeichnet: „Im Keller des Bischofshauses kann ich kein Geld drucken.“ Zweifellos können Mangelsituationen ungeahnte Initiativen und Kreativität freisetzen. Und das ist gut so, das ist die Chance einer Krisensituation. Gerade die Kirche muss aber prüfen, was angemessen und verantwortbar ist.

Konsequenzen ziehen

Der vielleicht gefährlichste kirchliche Irrweg ist, einfach abzuwarten, auf bessere Tage zu hoffen. Manche schmücken solche Untätigkeit dann noch mit dem scheinbar frommen Gedanken „Gottvertrauen“. Vor solch einer Haltung muss dringend gewarnt werden.

Gott hat dem Menschen Verstand gegeben, um ihn zu nutzen und damit er versucht, das Leben verantwortlich zu führen und zu gestalten. Streng geht er mit dem ins Gericht, der seine Talente vergräbt, um sie unangetastet am Tag des Gerichts wieder zurückgeben zu können.

Dies bedeutet nicht den Aberglauben, dass Menschen alles letztlich in der Hand hätten. Gläubige Christen wissen, dass Denken und Tun letztlich in Gottes Hand liegen. Gerade auf dem Hintergrund dieses gläubigen Vertrauens darf man aber vor der Wirklichkeit nicht die Augen verschließen, man muss vielmehr sorgfältig

über mögliche Konsequenzen nachdenken und sie angehen.

Posterioritäten

Es gibt keinen Zweifel, dass man ohne deutliche Aufgabenreduzierungen nicht an einem finanziellen Desaster vorbeikommt. Die schwächer werdenden Kirchensteuereinnahmen und die gefährdeten öffentlichen Zuschüsse können nicht durch Einnahmen von dritter Seite in vollem Umfang aufgefangen werden. Wenn das aber stimmt, muss ins Auge gefasst werden, was man mit den geringer werdenden Mitteln noch tun kann und welche Aufgaben und Ausgaben wegfallen müssen.

Die Kirche steht damit in all ihren Gliederungen vor einem extrem schwierigen Prozess. Es müssen „Posterioritäten“ gefunden werden, also Dinge, die weniger wichtig sind, die nachrangig sind, wobei man von vornherein wissen muss, dass hierzu auch manches gehört, was vielen wichtig erscheint und ans Herz gewachsen ist.

Hier geht es in erster Linie nicht um Finanzentscheidungen, es geht um inhaltliche Entscheidungen, die unter pastoralen und theologischen Gesichtspunkten getroffen werden müssen. Aus finanzieller Sicht ist nur der schlichte Grundsatz zu beachten, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt. Wofür man etwas ausgibt, das ist keine Finanzentscheidung, sondern eine Sachentscheidung.

In zwei Bereichen muss man auf jeden Fall abbauen. Dies kann eindeutig festgestellt werden, ohne damit irgendeinen inhaltlichen Schwerpunkt festzulegen. Die Kirche und alle kirchlichen Einrichtungen sind außerordentlich personalintensiv. Fast überall sind die Personalkosten der größte Kostenfaktor. Angesichts einer geringeren Finanzkraft kommt man nicht umhin, auch Personal abzubauen. Es ist zu befürchten, dass es in manchen Fällen auch nicht ohne Kündigungen geht. Im

Erzbistum Köln hat man dies jedenfalls schon in der Vergangenheit nicht völlig ausschließen können.

Ein zweiter Kostenfaktor sind die Gebäude. Dabei geht es nicht um die wenigen ertragreichen Immobilien, die die Kirche zweifellos auch hat, sondern um die Gebäude, die für pastorale, karitative und Bildungsinitiativen zur Verfügung stehen und die alle ohne laufende Zuschüsse nicht unterhalten werden können. Gerade in diesem Bereich ist eigentlich nur ein langfristig geplantes Vorgehen verantwortbar. Das bedeutet aber, dass man bald anfangen muss, um noch Zeit zu haben. Wer auch hier wiederum zu lange wartet, steht plötzlich vor einer Katastrophe. Dann ist kein Euro mehr vorhanden, um ein undichtes Kirchendach zu reparieren. Dem Bischof bleibt nur noch die Möglichkeit, einen Zaun um die Kirche zu bauen und die Gläubigen an die nächste Nachbarkirche zu verweisen. Eine etwas „mildere“ Lösung ist diese: In einer Pfarrgemeinde oder einem Seelsorgebereich gibt es drei oder vier kleinere schöne Barockkirchen und eine zentral gelegene größere moderne Kirche. Das Bistum gibt der Gemeinde zu verstehen, dass es nur noch für die Unterhaltung der größeren zentralen Kirche aufkommt und dass es der Gemeinde überlassen bleibt, ob und wie sie die übrigen barocken Kirchen unterhalten kann. Solche und ähnliche Situationen werden schon bald bundesweit zu erleben sein, wenn es nicht gelingt, den Gebäudebestand in den Gemeinden und darüber hinaus deutlich zurückzufahren. Natürlich müssen auch hier die Entscheidungen, wo und wie reduziert werden soll, unter pastoralen Gesichtspunkten getroffen werden. Allerdings darf man dabei niemals den Grundsatz vergessen, dass man nur das behalten kann, was man auch erhalten und unterhalten kann.

Als dritte Konsequenz ergibt sich mehr Eigenverantwortung. Die Worte sind aus

der politischen Diskussion der letzten Monate sehr geläufig und haben einen bitteren Beigeschmack. In der politischen Diskussion versuchte man die notwendigen Reduzierungen im Sozialbereich, bei den Renten und der Krankenversorgung mit dem Hinweis auf „mehr Eigenverantwortung“ zu versüßen. Natürlich ist das sehr human, wenn der Mensch mehr Eigenverantwortung übernimmt, und diese Entwicklung scheint unvermeidbar. Nur verschweigt man in manchen Diskussionen, dass „mehr Eigenverantwortung“ auch mehr persönliches Risiko und bisweilen auch erhebliche Einschränkungen bedeutet.

Die Kirche wird in all ihren Gliederungen in Zukunft viel mehr als in den letzten Jahrzehnten auf Förderer und Spender angewiesen sein als in der Vergangenheit. Das bedeutet für alle kirchlichen Gliederungen mehr Eigenverantwortung im Bereich der Finanzierung. Man wird sich immer weniger darauf verlassen können, dass alles irgendwie aus dem großen Topf der Kirchensteuer bezahlt oder wenigstens mitfinanziert wird. Die Unterstützung aus Kirchensteuermitteln wird in allen Bereichen mehr und mehr zurückgehen, und die jeweils Verantwortlichen müssen sich fragen, ob sie wenigstens einen Teil der bisherigen Initiativen auch ohne Kirchensteuermittel aus eigener Verantwortung finanzieren können. Es ist nicht ausgeschlossen, dass in Zukunft, nicht morgen, aber vielleicht übermorgen, die Verbände nur noch von ihren Beiträgen und Fördermitteln aus Freundeskreisen ihre Arbeit finanzieren müssen.

Auch die Kirchengemeinden werden in Zukunft mit Sicherheit nicht mehr ein „Rundumsorglospaket“ aus Kirchensteuern finanziert bekommen. Bei Investitionsmaßnahmen, aber auch im Personalbereich werden die Kirchengemeinden mehr und mehr auf eigene Finanzierungsquellen angewiesen sein – in der Regel Spenden.

Wenn die Geldmittel zurückgehen, werden die rechtlichen Gegebenheiten für die kirchliche Aufsicht nicht automatisch geändert. Es ist zu vermuten, dass man faktisch nicht mehr in der Lage sein wird, in dem Umfang Aufsicht auszuüben, wie man es heute tut, weil einfach das Geld für den Personaleinsatz fehlt, und auch der Hinweis, dass man durch eine gute Aufsicht Geld spart, auf Dauer nicht die Reduktion der Aufsicht verhindern wird. Was geschieht aber, wenn eine Kirchengemeinde in Konkursnähe gerät? Wer kann sie dann noch retten, wenn das Bistum schon nicht genügend Geld hat, um die Aufsicht qualifiziert durchzuführen? Es ist zu befürchten, dass diese Entwicklung auf Dauer den Status der Körperschaft des öffentlichen Rechtes gefährdet.

Nun könnte man meinen, das sei für die Pastoral letztlich unerheblich. Wer so denkt, irrt aber. Wenn die kirchliche Eigenverantwortung im wirtschaftlichen Bereich dezentral gestärkt wird, wird die pastorale Führung eines Bistums in den heute vom Pluralismus bestimmten Zeiten immer schwieriger werden. Wer die Lage in der deutschsprachigen Schweiz kennt, weiß, dass diese These empirisch sehr gut zu belegen ist.

Trotz dieser Risiken können die Probleme der finanziellen Entwicklung der Kirche in Deutschland nicht ohne verstärkte Eigenverantwortung gelöst werden.

Neue Abhängigkeiten

Die nächste Konsequenz knüpft an den letzten Punkt unmittelbar an.

Viele Pfarrer klagen – manchmal leider zu Recht – über die schlechte Behandlung durch das Generalvikariat, wenn sie einen Kindergarten sanieren oder ein Pfarrheim erweitern wollen. Wie viele Gespräche und Verhandlungen sind manchmal notwendig, um zu einem Ergebnis zu kommen, und dies ist oft dann noch weit hinter dem, was man ursprünglich ge-

wünscht hat. Die Abhängigkeit von einer Behörde, die auch über Geld verfügt, kann durchaus eine Last sein. Wenn kaum mehr Geld da ist, das man zentral verteilen kann, wird diese Abhängigkeit zweifellos geringer. Die Eigenverantwortung, die dann vor Ort entsteht, bringt aber zweifellos neue Abhängigkeiten mit sich, die manchmal größer und oft gefährlicher sind als die Abhängigkeit vom Generalvikariat.

In einer Untersuchung über die Zustände des kirchlichen Finanzwesens in den USA wird ausgeführt: „Es ist nicht gut, in Amerika Pastor einer reichen Gemeinde zu sein. Er ist gezwungen, ständig nach den Familien zu schielen, die in der Gemeinde den Ton angeben und das Geld beisteuern. Der Pastor ist nicht mehr frei. Er kann nicht sagen, was ihm das Evangelium aufträgt, oder er riskiert seine Stellung. Wer sich ein wenig im amerikanischen Kirchenwesen auskennt, weiß, wie oft Pastoren ihre Gemeindegarbeit aufgeben müssen, weil sie nicht so reden wollen, wie es die Gemeinden von ihm erwarten. Aber es ist auch nicht gut, Pastor einer armen Gemeinde zu sein. Diese Amtsträger sind ständig verpflichtet, an Sammlungen, Bazare, Kollekten und so weiter zu denken. Ein großer Teil ihrer Seelsorgearbeit wird durch die Suche nach dem notwendigen Geld für die Gemeinde aufgeessen.“ (Siehe Siegfried Marx, in: *Kirche & Recht*, 1/95)

In einer jetzt gut vierzig Jahre alten Untersuchung aus der Schweiz zur Einführung der Kirchensteuer im Kanton Zürich heißt es: „Erinnern wir uns daran, dass unsere Pfarrer einen sehr großen Teil ihrer Zeit und Arbeit für die finanziellen Existenzsorgen ihrer Pfarreien verwenden mussten, die ihnen jetzt weitgehend abgenommen worden sind. Diese Zeit und diese Arbeit können sie jetzt für die Seelsorge verwenden, so dass sich die neue Ordnung auch pastoral segensreich auswirkt. Die Entlastung, die annähernd

ein Drittel der Arbeit des Pfarrers ausmachen dürfte, kommt deshalb einer Verstärkung des geistlichen Potenzials gleich: eine Feststellung, der beim immer bedrohlicher werdenden Priestermangel erhöhte Bedeutung zukommt.“

Diese durchaus negativen Konsequenzen darf man nicht verschweigen. Sie sind dem Grunde nach unvermeidbar. Man wird sie nur einschränken können, wenn man sie klar benennt und versucht, bewusst damit umzugehen.

Innerkirchliche Konkurrenz

Noch eine negative Konsequenz, die sich zwangsläufig aus der geänderten kirchlichen Finanzstruktur ergeben wird, muss benannt werden: Je schwächer die zentrale Kirchensteuerfinanzierung wird, umso mehr Gemeinden, Verbände und Einrichtungen stürzen sich auf mögliche Spender und Wohltäter. Das führt zu innerkirchlicher Konkurrenz. Der Unterschied zwischen armen und reichen Gemeinden, Verbänden und Einrichtungen wird größer werden.

Kardinal Frings hat sich 1950 mit der Einführung der Diözesankirchensteuer sehr schwer getan. Zwei Gefahren, die gegen die Einführung der neuen Regelung sprachen, waren die Sorge vermehrter Kirchenaustritte und die Zurückdrängung der Selbstständigkeit der einzelnen Kirchengemeinden und Kirchenvorstände. Ein Grund, weshalb der Kardinal sich dennoch für die neue Regelung entschied, war die Möglichkeit eines Lastenausgleiches zwischen geschädigten und ungeschädigten Gemeinden (siehe Norbert Trippen, 2003). Die Lage der Kirchengemeinden war nach dem Kriegsende sehr unterschiedlich. Während einige Kirchengemeinden (vor allem in den Großstädten) in ihrem wirtschaftlichen Elend zugrunde zu gehen drohten, konnten wohlhabende, von den Bombenangriffen kaum oder gar nicht betroffene Pfarrgemeinden ihre Gotteshäuser mit Glocken und Orgeln, mit

herrlichen Fenstern und allem nur wünschenswerten Schmuck ausstatten. Tatsächlich haben die Bischöfe zunächst nach dem Kriegsende die Gemeinden zu einem freiwilligen Finanzausgleich aufgerufen, was aber nur sehr geringen Erfolg hatte. Freiwillig half man sich nicht in dem Umfang, wie es notwendig war. Nur durch die Diözesankirchensteuer waren ein Ausgleich zwischen armen und reichen Gemeinden und der dringend notwendige Wiederaufbau nach dem Kriegsende möglich.

Wenn jetzt diese zentrale Finanzierungsquelle schwächer wird und Gemeinden, Verbände und Einrichtungen mehr und mehr zur Finanzierung ihrer Arbeit auf Eigeninitiativen angewiesen sind, werden die Unterschiede zwischen Arm und Reich zwangsläufig wieder größer, und der Kampf um mögliche Spender ist heute bereits zu erkennen.

Die Diskussion um die Schaffung einer zentralen Stiftung des Deutschen Caritasverbandes und damit verbundene Fundraising-Programme haben deutlich gezeigt, welche Konflikte entstehen können. Größere Diözesan-Caritasverbände und einzelne Fachverbände sind bereits selbst initiativ geworden und befürchten, dass zentrale Spendenaufrufe mit ihren dezentralen Maßnahmen kollidieren, denn vor Ort trifft man auf dieselben Spender. Diese Aufrufe zur Finanzierung der eigenen Arbeit stehen zudem noch in Konkurrenz zu den Spendenaufrufen der Bischöflichen Hilfswerke. Der innerkirchliche Kampf auf dem Spendenmarkt existiert schon und wird sich verschärfen. Männer und Frauen, die in diesem Bereich mäßigend, ausgleichend und Streit schlichtend wirken, werden in Zukunft nicht arbeitslos.

Wie Phönix aus der Asche?

Denkt man über die Konsequenzen nach, die sich aus der Schwächung des innerkirchlichen Finanzsystems für die Kirche

in Deutschland ergeben, muss man auch der Frage nachgehen, ob diese ärmer werdende Kirche wie ein Phönix aus der Asche strahlender, glaubwürdiger hervorgehen könnte. Als in der Säkularisation Macht, Einfluss und Reichtum der Kirche radikal und gewaltsam beschnitten wurden, hatte es zunächst den Anschein, als würde die Kirche zusammenfallen. Tatsächlich brachte das neunzehnte Jahrhundert aber ein vielfältiges religiöses Aufblühen in der ärmer gewordenen Kirche.

Auch heute gibt es in allen kirchlichen Lagern solche, die Hoffnung setzen auf eine finanzielle Schwächung der Kirche. So stellte Eugen Drewermann in der *Berliner Morgenpost* am 18. April 1992 fest, die derzeitige Steuerpraxis müsse „unbedingt“ geändert werden. Die katholische Kirche in Deutschland lebe im Schatten einer Sicherheit, die sie „faul“ gemacht und in eine Position gebracht habe, in der sie ihre Ideen „permanent gegen den Markt der Konsumenten produziert“. Für den „real existierenden Katholizismus“ gebe es zwei „Rückfühlebenen“, auf denen er anzutreffen sei: „Macht und Geld“. Offenbar enttäuscht darüber, dass die Kirche nicht durch geistige Notwendigkeiten reformierbar sei, „... bleibt nur die zynische Hoffnung, dass es mindestens ein Regulativ gibt, das aus der Wirklichkeit stammt: nämlich der Zusammenbruch der Finanzgrundlage“. Eine Abschaffung der Kirchensteuer würde dazu führen, dass „wir ab sofort eine andere Kirche hätten, sie wäre viel agiler und würde den Menschen wieder ernst nehmen“. Zu Recht wies der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, diese Forderung Drewermanns damals zurück. Es ist zu bezweifeln, ob diese Überlegung richtig ist und ob die Gleichung aufgeht: Weniger Geld bedeutet mehr Glaube, Hoffnung und Liebe. So einfach ist es wohl nicht. Die Erfahrung lehrt, dass gerade auch aus dem materiellen Mangel

die Gier nach materieller Verbesserung und die Fixierung auf das Materielle erwachsen können.

Nachdenklicher macht da schon der Ausspruch Heinrich Flattens, der bereits vor vierzig Jahren diagnostizierte: „Ein harter Kontrast – eine reiche Kirche, aber arm an Christen.“ Allerdings auch angesichts dieser zweifellos im Kern berechtigten kritischen Anfrage muss man vor kurzschlüssigen Rezepten warnen.

Es ist nicht zu bestreiten, dass Geld trägt machen kann und dass die Kirchen in Deutschland es aufgrund des Kirchensteuersystems in Finanzfragen verhältnismäßig leicht haben, wenn man sie mit den Kirchen in anderen Ländern vergleicht. Wer aber glaubt, dass durch die Abschaffung des Kirchensteuersystems automatisch der Glaube der Christen stärker, die Hoffnung überzeugender und die Liebe tatkräftiger würde, irrt gewaltig.

Die Schwächung der Finanzkraft kann in der Kirche zur Neubesinnung und Umkehr führen. Einen Automatismus gibt es aber nicht.

Es stellt sich schließlich die Frage, womit Gemeinden und kirchliche Einrichtungen angesichts der schwächer werdenden Finanzkraft rechnen dürfen oder müssen.

Es ist damit zu rechnen, dass die Situation im Vergleich zur Weltkirche vielleicht etwas normaler wird und dass die Kirche in ihrer Substanz keinesfalls vom Kirchensteuersystem abhängt.

Man muss damit rechnen, dass es schwierig wird, auf den schleichenden Prozess der schwächer werdenden Finanzkraft rechtzeitig und angemessen zu reagieren. Man muss damit rechnen, dass schmerzhaft Einschnitte erforderlich sein werden und dass man sich von lieb Gewordenem trennen muss. Es wird heftige Diskussionen darüber geben, was die Kirche unbedingt tun muss und worauf sie möglicherweise verzichten kann. Die Spannungen in der Kirche werden durch die Diskussion über Finanzfragen zunehmen, und es ist davon auszugehen, dass die Kluft zwischen armen und reichen Institutionen und Gliederungen der Kirche wächst. Es ist damit zu rechnen, dass vor Ort in den Gemeinden, Verbänden und Einrichtungen mehr Eigenverantwortung gefordert wird und dass man sich immer weniger auf eine Rettung aus dem großen Finanztopf Kirchensteuer verlassen darf.

Dieser unvermeidliche Umstellungsprozess wird aber auch Chancen für die geistliche Erneuerung und Wiederbelebung der Kirche in sich bergen.

Mehr als nur Löscheinsätze

„Es geht, wie jetzt immer deutlicher wird, in vielen Bistümern nicht mehr um Löscheinsätze bei lokalen Bränden, sondern um Entscheidungen mit langfristiger Wirkung, Entscheidungen, die gravierenden Einfluss auf das ‚Kerngeschäft‘ der Kirche haben. Der Bischof von Hildesheim, Josef Homeyer, etwa hat mit ‚Eckpunkte 2020‘ einen beispiellosen, auf Jahre angelegten Finanz- und Pastoralplan vorgelegt, der an einigen Stellen radikale Einschnitte vorsieht, um die wirtschaftliche wie seelsorgerische Zukunftsfähigkeit seiner Diözese zu garantieren. Angesichts der gravierenden Konsequenzen für die einzelnen Gemeinden erscheint die Nachricht, dass sich das Bistum (wie das Erzbistum Hamburg) aus der Katholischen Fachhochschule Norddeutschland zurückzieht, als eine Randnotiz.“

Rudolf Zewell am 1. April 2004 im *Rheinischen Merkur*.